

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 53. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 4. Juli 2013

1. Abgeordnete

Bettina Brück, Hendrik Hering, Joachim Mertes, Hans Jürgen Noss und Astrid Schmitt (SPD)

Flughafenleitlinien

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Kommissar Joaquin Almunia, stellt in einer Pressekonferenz am Mittwoch, dem 3. Juli 2013, den Entwurf für die sogenannten Flughafenleitlinien vor.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Inhalte des Entwurfs der Flughafenleitlinien, die Kommissar Almunia am Mittwoch in einer Pressekonferenz in Brüssel vorstellt?
2. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung durch die Leitlinien, insbesondere auf den Betrieb von Regionalflughäfen in Rheinland-Pfalz?
3. Welche Auswirkungen sieht die Landesregierung angesichts der ersten Prüfung des Entwurfs der Leitlinien auf ihr Gesamtkonzept zum Umgang mit Regionalflughäfen in Rheinland-Pfalz?
4. Beabsichtigt die Landesregierung, sich an dem öffentlichen Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission zu beteiligen, welches mit der Vorstellung der Leitlinien eröffnet worden ist, und wenn ja, mit welchen Inhalten?

2. Abgeordnete

Anke Beilstein (CDU)

Weiteres Vorgehen bei der Kommunal- und Verwaltungsreform

Ich frage die Landesregierung:

1. Ausweislich der Antwort des Innenministers in der Sitzung des Innenausschusses am 2. Mai 2013 plant die Landesregierung, 20 Verbandsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden bis zur Kommunalwahl zwangszufusionieren. Wie beabsichtigt die Landesregierung, hier weiter zu verfahren?
2. In welchen Fällen liegen freiwillige Fusionsbeschlüsse vor, die die Landesregierung trotz Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen nicht akzeptiert?
3. In welchen konkreten Fällen beabsichtigt die Landesregierung, Kreisübertritte zu gestatten, und in welchen Fällen, in denen dies vor Ort gewünscht ist, nicht?
4. Welche Gemeinden haben bisher bei einer grundsätzlichen Einwilligung zu einer Fusion um einen Zeitaufschub bis 2019 gebeten?

3. Abgeordnete**Jutta Blatzheim-Roegler**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**Umsetzung des Rheinland-Pfalz-Taktes 2015**

Der im Koalitionsvertrag festgelegte Ausbau des Rheinland-Pfalz-Taktes mit 20 Prozent mehr Zugleistungen bis zum Jahr 2015 und der Reaktivierung von Bahnstrecken gilt bundesweit als Pilotprojekt für die erfolgreiche Förderung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV). Nach der Einigung über die Fortführung der sog. Entflechtungsmittel bis 2019 verhandeln die Länder weiter mit dem Bund über die künftige Finanzierung der erforderlichen Bundeszuweisungen für die Länder („Regionalisierungsmittel“).

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Was sind die wesentlichen Verbesserungen im Zuge des Rheinland-Pfalz-Takt-2015-Vorhabens?
2. Welche Anstrengungen unternimmt das Land, die Finanzierung des Rheinland-Pfalz-Taktes sicherzustellen bzw. gegenüber dem Bund die Interessen für den SPNV wahrzunehmen?
3. Wie bewertet das Land die Einigung der Länder mit dem Bund hinsichtlich der Entflechtungsmittel bis zum Jahr 2019?

4. Abgeordnete**Christian Baldauf und**
Arnold Schmitt (CDU)**Antrag des Landes Rheinland-Pfalz im Bundesrat zur Errichtung eines Nanoprodukt-Registers**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist die oben genannte Bundesratsinitiative Ergebnis eines umfassenden Konsultationsprozesses mit den betroffenen Unternehmen?
2. Hält die Landesregierung den Bundesratsantrag auf Einrichtung eines Nanoprodukt-Registers aus heutiger Sicht nach den Beschwerden aus der Wirtschaft nach wie vor für richtig?
3. Welchen Sinn macht nach Auffassung der Landesregierung das im Antrag geforderte nationale Nanoprodukt-Register, wenn auf EU-Ebene, wie der Antrag selbst feststellt, Regelungen zur Nanotechnologie angestrebt werden?
4. Wie steht die Landesregierung zu einer Förderung der Nanotechnologie im Interesse des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz?

5. Abgeordnete**Dr. Tanja Machalet,**
Barbara Schleicher-
Rothmund und Manfred
Geis (SPD)**Weiterbetrieb der Koblenzer Seilbahn bis 2026**

Das UNESCO-Weltkulturkomitee hat im Rahmen seiner 37. Sitzung in Phnom Penh (Kambodscha) dem Weiterbetrieb der Koblenzer Seilbahn bis 2026 zugestimmt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Entscheidung des UNESCO-Weltkulturkomitees hinsichtlich des Weiterbetriebs der Koblenzer Seilbahn bis 2026?
2. Welche Maßnahmen und Bemühungen waren seitens der Landesregierung im Vorfeld der Sitzung des UNESCO-Weltkulturkomitees nötig, um das Ergebnis eines Weiterbetriebs der Koblenzer Seilbahn zu erreichen?

6. Abgeordnete**Alexander Licht und**
Bernhard Henter (CDU)**Zukunft des ÖPNV**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), dass mit Blick auf sinkende Bevölkerungszahlen bei gleichzeitig steigenden Kosten dem öffentlichen Nahverkehr im ländlichen Raum der finanzielle Kollaps droht?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Kritik des VDV, wonach das Land trotz der dramatisch gestiegenen Kosten seine Unterstützung von 50 Millionen Euro 2005 auf heute nur noch 40 Millionen Euro reduziert hat und dass damit bei 10,24 Euro pro Einwohner Rheinland-Pfalz das Schlusslicht der Bundesländer bildet?
3. Welche Investitionen in den ÖPNV hält die Landesregierung für notwendig, um den öffentlichen Nahverkehr flächendeckend im Land aufrechtzuerhalten?
4. Teilt die Landesregierung vor dem Hintergrund der Altersstruktur speziell im ländlichen Raum die verkehrspolitischen Initiativen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach einem „Mobilitätsmix“ aus Car-Sharing/Nachbarschaftsauto, sozialen Mitfahrnetzwerken, Bahnen, Bussen, Fahrrad, dem zu Fuß gehen unter Einbeziehung neuer Informationstechnologien (Smartphone)?

7. Abgeordnete**Elisabeth Bröskamp**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Leistungen**

Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder und Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble haben am 20. Juni 2013 in Berlin Ergebnisse und politische Schlussfolgerungen aus der Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Leistungen vorgestellt.

Die Gesamtevaluation untersucht das Zusammenwirken ehe- und familienbezogener Leistungen bezogen auf fünf familienpolitische Ziele: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Wahlfreiheit, gute Entwicklung von Kindern, wirtschaftliche Stabilität von Familien und Nachteilsausgleich, Erfüllung von Kinderwünschen.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat sich die Förderung von Familien und Kindern als ein besonderes Ziel gesetzt und bringt dafür selbst große finanzielle Mittel auf.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die politische Einschätzung der Ergebnisse der Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Leistungen durch Bundesministerin Dr. Schröder und Bundesminister Dr. Schäuble im Hinblick auf Rheinland-Pfalz?
2. Inwieweit gibt es erste Erkenntnisse, ob die untersuchten ehe- und familienbezogenen Leistungen zu den gewünschten Ergebnissen der Förderung von Familien und Kindern in Rheinland-Pfalz geführt haben?
3. Würden aus Sicht der Landesregierung andere alternative Konzepte oder Leistungen gegebenenfalls bessere Ergebnisse erreichen?
4. In diesem Zusammenhang wird oft auch das Betreuungsgeld kritisiert: Gibt es Erkenntnisse, wie viele Kitaplätze in Rheinland-Pfalz finanziert werden könnten, wenn das für das Betreuungsgeld aufgewandte Finanzvolumen stattdessen für Kitaplätze verwendet werden würde?

8. Abgeordnete**Fredi Winter und Michael**
Hüttner (SPD)**Tourismus in ländlichen Räumen**

Die Tourismuswirtschaft ist in Rheinland-Pfalz ein bedeutender Wirtschaftsfaktor – gerade auch in ländlichen Regionen. Dieses Potenzial ist allerdings noch nicht überall ausreichend entdeckt und aktiviert.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung das Projekt „Tourismusperspektiven in ländlichen Räumen“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie?
2. Welche wirtschaftlichen Potenziale misst die Landesregierung dem Tourismus in ländlichen Räumen bei?
3. Inwiefern hat das Thema „Tourismus in ländlichen Räumen“ Eingang in die „Tourismusstrategie 2015“ des Landes gefunden?

9. Abgeordnete**Simone Huth-Haage und**
Ellen Demuth (CDU)**Veröffentlichung der Evaluation der Sprachförderung in Rheinland-Pfalz**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Kinder nahmen in den vergangenen fünf Jahren an den Sprachfördermaßnahmen in den Kindertagesstätten teil?
2. Wie haben sich die Ausgaben des Landes für die Sprachförderung in Kindertagesstätten in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse der Evaluation hinsichtlich der anregungs- und sprachbezogenen Prozessqualität?
4. Wieso wurde im Rahmen der Evaluation kein Vergleich zwischen den Kindern mit Sprachförderung und der gebildeten Kontrollgruppe ohne Sprachförderung vorgenommen?

- 10. Abgeordnete**
Dr. Susanne Ganster und
Marcus Klein (CDU)
- Flughafen Zweibrücken – Übernahme der Geschäftsführung durch das Saarland?**
- Laut aktuellen Presseberichten über die Verhandlungen zur Kooperation der Flughäfen Zweibrücken und Saarbrücken liegt ein Angebot zur Übernahme der Geschäftsführung seitens des Saarlandes vor.
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Welchen Sachstand und welche weitere Perspektive haben die Gespräche über eine mögliche Flughafenkooperation derzeit?
 2. Unter welchen Gegebenheiten ist die Landesregierung bereit, einem Angebot des Saarlandes auf Übernahme der Geschäftsführung zuzustimmen?
 3. Wie werden die Kommunen, Mitgesellschafter und Mitarbeiter in den weiteren Entscheidungsprozess eingebunden?
 4. Steht die Landesregierung zur in der Fragestunde am 7. März 2013 getätigten Aussage, den Flugbetrieb in Zweibrücken auch langfristig aufrechterhalten zu wollen?
- 11. Abgeordnete**
Bettina Brück, Ingeborg
Sahler-Fesel, Monika Fink,
Hans Jürgen Noss und
Astrid Schmitt (SPD)
- Störfälle Cattenom**
- Vor wenigen Tagen hat sich wieder einmal im französischen Reaktor Cattenom ein Störfall ereignet. Darüber hinaus begann vor kurzem der letzte Teil einer Übung für den Ernstfall, welche vor einem Jahr begonnen worden war.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über den Vorfall im Kraftwerk Cattenom aus der vergangenen Woche?
 2. Aus welchem Grund wurden die rheinland-pfälzischen Behörden mit Zuständigkeit für den Bevölkerungsschutz nicht auf dem üblichen Meldeweg über den Störfall in Kenntnis gesetzt?
 3. Wie bewertet die Landesregierung die Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen beim Umgang mit der im vergangenen Jahr begonnenen und nun mit ihrem dritten und letzten Teil abgeschlossenen Übung für den Ernstfall im Kraftwerk Cattenom?
- 12. Abgeordnete**
Pia Schellhammer und
Nils Wiechmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Haltung der Landesregierung zum „Neuland“ Internet**
- Die Bundeskanzlerin hat im Zusammenhang mit dem Besuch des amerikanischen Präsidenten davon gesprochen, dass das Internet „Neuland“ für die Bundesregierung wäre.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Ist der Landesregierung bekannt, seit wann es dieses Internet gibt?
 2. Nutzt die Landesregierung dieses Internet und wenn ja, wie lange schon?
 3. Teilt die Landesregierung die Auffassung der Bundesregierung, dass dieses Internet „Neuland“ ist?
- 13. Abgeordnete**
Christian Baldauf,
Bettina Dickes und
Guido Ernst (CDU)
- Vertretungsverträge zum Schuljahreswechsel**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie viele Vertretungslehrkräfte sind im Monat Juli im rheinland-pfälzischen Schuldienst tätig?
 2. Wie viele Vertretungsverträge werden zum Beginn der Sommerferien enden?
 3. Trifft die Aussage der rheinland-pfälzischen Bundestagsabgeordneten Andrea Nahles zu, dass noch vor den Sommerferien vollständig darauf verzichtet werde, Vertretungsverträge zum Beginn der Sommerferien enden zu lassen?
 4. Stimmt die Landesregierung auch mit der Bemerkung von Frau Nahles überein, dass die vertretenen Lehrerwochenstunden sinken werden?

14. Abgeordnete

**Barbara Schleicher-
Rothmund,
Marcel Hürter und
Thorsten Wehner (SPD)**

Hochwasser und Hochwasserschutz am Oberrhein und im Kreis Germersheim

Der Hochwasserschutz am Oberrhein hat nach übereinstimmender Meinung dazu beigetragen, dass der Kreis Germersheim und das Land beim aktuellen Hochwasser im Vergleich zu anderen Regionen in Deutschland besser davongekommen sind. Im Kreis Germersheim ist der Schwemmfächer der Lauter einer der ersten Retentionsräume, der bei Hochwasser vollläuft. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche stand großflächig unter Wasser.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung den Hochwasserschutz am Oberrhein im Hinblick auf den Hochwasserschutz in der Südpfalz und in Rheinland-Pfalz?
2. Wie bewertet die Landesregierung den Hochwasserschutz am Oberrhein im Hinblick auf eine grenz- und regionalüberschreitende Vorbeugung und grenzüberschreitende Maßnahmen?
3. Welche Regelungen im Hinblick auf Entschädigungen und Hilfen existieren für diejenigen Landwirte, die von Überschwemmungen und Hochwasser von landwirtschaftlichen Flächen sowie von Überflutungen landwirtschaftlich genutzter Retentionsräume betroffen sind?
4. Welche Möglichkeiten der Entschädigung, Fördermöglichkeiten oder Kredite der öffentlichen Hand bzw. des landwirtschaftlichen Berufsstandes sieht die Landesregierung, um die Landwirte, die von der Überflutung der Schwemmfächer der Lauter stark betroffen waren, entsprechend zu beraten und zu unterstützen?

15. Abgeordnete

**Astrid Schmitt und
Michael Hüttner (SPD)**

Bahnlärm LL-Sohle

Seit kurzem sind die sogenannten LL-Sohlen für die Umrüstung von Güterwagen zugelassen. Von ihnen verspricht man sich eine Verminderung des Bahnlärms, was insbesondere im Mittelrheintal zu positiven Effekten führen soll.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über den vorgesehenen Zeitraum zur Umrüstung von Güterwagen auf die neu zugelassene LL-Sohle?
2. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung durch die Einführung der LL-Sohle auf den Bahnlärm insbesondere im Mittelrheintal?
3. Welche weiteren Maßnahmen erachtet die Landesregierung als erforderlich, um die Belastung durch Bahnlärm insbesondere im Mittelrheintal wirksam zu vermindern?

16. Abgeordneter

Dr. Peter Enders (CDU)

Aktuelle Warnungen vor einer Ausbreitung der Ambrosia in Rheinland-Pfalz

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum gibt es in Rheinland-Pfalz im Gegensatz zu anderen Bundesländern kein landesweites Ambrosia-Bekämpfungsprogramm, obwohl die Pflanze in Rheinland-Pfalz bereits stark verbreitet ist und zu den stärksten bekannten Allergieauslösern gehört?
2. Wie lange hält es die Landesregierung noch für verantwortlich, auf die Zuständigkeit der Kommunen zu verweisen und keine eigenen entsprechenden Aktivitäten zu ergreifen?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Einschätzung von Fachleuten, dass ein weiteres Abwarten auf Ergebnisse eines europäischen Forschungsprojekts zur Aufbereitung der Ambrosia ein großes Risiko bedeutet?
4. Wie beurteilt die Landesregierung den Hinweis von kommunaler Seite, dass für eine kommunale Bekämpfung der Ambrosia die finanziellen und personellen Mittel fehlten?

17. Abgeordnete

Michael Hüttner, Martin Haller, Monika Fink, Marcel Hürter, Wolfgang Schwarz und Thorsten Wehner (SPD)

Wildunfälle

Die Zahl der Wildunfälle in Rheinland-Pfalz soll Medienberichten zufolge weiterhin auf einem hohen Niveau liegen. Im Rahmen der Woche der Verkehrssicherheit wurde auch noch einmal die Arbeit der Behörden zur Vermeidung von Wildunfällen vorgestellt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse zu Zahl und Schwere der Wildunfälle in Rheinland-Pfalz liegen der Landesregierung vor?
2. Welche Kosten im Hinblick auf Schadensumfang und polizeiliche Einsätze entstehen nach Kenntnis der Landesregierung durch Wildunfälle?
3. Welche Möglichkeiten zur Verringerung der Zahl an Wildunfällen in Rheinland-Pfalz sieht die Landesregierung?

18. Abgeordnete

Wolfgang Schwarz, Marcel Hürter, Thorsten Wehner und Fredi Winter (SPD)

Weinwerbeabgabe und Weinwerbung

Für das laufende Jahr 2013 wird erwartet, dass das Bundesverfassungsgericht über anhängige Verfahren entscheiden wird, die die verfassungsrechtliche Prüfung beinhalten, ob Weinkellereien und Winzer eine Abgabe zur Finanzierung der Absatzförderung durch den Deutschen Weinfonds, in Rheinland-Pfalz und darüber hinaus auch eine Abgabe zur Finanzierung der gebietlichen Absatzförderung, zu leisten haben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Notwendigkeit der Weinwerbung und deren gesicherte Finanzierung?
2. Welchen positiven Effekt sieht die Landesregierung in der Verbindung und Zusammenarbeit von Weinwerbung und (regionaler) Tourismusentwicklung?
3. Sind der Landesregierung Überlegungen in Bezug zu einer künftigen Finanzierung der Weinwerbung, auch in Verbindung mit der Tourismusbranche, bekannt, falls den Verfassungsbeschwerden gegen eine Heranziehung zu Abgaben für den Deutschen Weinfonds und die gebietliche Absatzförderung tatsächlich stattgegeben werden sollte?
4. Lassen sich mögliche nachteilige Wirkungen für Weinwerbung und Tourismus vorausschauend vorbeugen, um Folgen vergleichbar mit der Entwicklung der „Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft mbH“ (CMA) und der „Zentralen Markt- und Preisberichtsstelle für Erzeugnisse der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft GmbH“ (ZMP) zu vermeiden?

19. Abgeordnete

Michael Hüttner und Hans Jürgen Noss (SPD)

Polizei-Cloud

Rheinland-Pfalz hat als erstes Bundesland eine Zertifizierung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) für eine virtualisierte Infrastruktur im Verwaltungsbereich erhalten. Das Zertifikat nach ISO 27001 auf Basis des IT-Grundschutzes ist für die sogenannte Polizei-Cloud bestimmt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Verbesserungen bietet die sogenannte Polizei-Cloud für die Arbeit der rheinland-pfälzischen Polizei aus Sicht der Landesregierung?
2. Welche Voraussetzungen musste die Polizei-Cloud für die Zertifizierung nach ISO 27001 durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) erfüllen?
3. Welche wirtschaftlichen Vorteile sieht die Landesregierung beim Betrieb der Polizei-Cloud?

**20. Abgeordnete
Friederike Ebli und
Marcel Hürter (SPD)**

Ambrosia-Bekämpfung

Die Pollen der Ambrosia-Pflanzen (*Ambrosia coronopifolia* und *Ambrosia coronopifolia*) können zu starken allergischen Atemwegsreaktionen bei Allergikern führen. In verschiedenen Bundesländern wird die Ausbreitung der Ambrosia-Pflanzen laut Fernsehberichten mit unterschiedlichen Maßnahmen bekämpft.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung Kenntnisse über eine Ausbreitung der Ambrosia-Pflanzenarten in Rheinland-Pfalz (ggf. Unterschiede städtische/ländliche Regionen)?
2. Welche vorbeugenden Möglichkeiten sieht die Landesregierung, damit sich Allergiker vor allergenen Pollen der Ambrosia-Pflanzen schützen können bzw. geschützt werden?
3. Welche Bekämpfungsmaßnahmen empfiehlt die Landesregierung zur Bekämpfung der Ambrosia-Pflanzen bzw. wendet sie ggf. im Rahmen ihres Zuständigkeitsbereichs an (Bsp. bei DLR/LBM)?
4. Hält die Landesregierung Vorbeuge-, Aufklärungs- und Bekämpfungsmaßnahmen hinsichtlich der Ambrosia-Pflanzen vergleichbar mit denen zur Bekämpfung der Herkulesstaude (Riesen-Bärenklau)?

